

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Schanz, Bahr, Bindig, Brandt, Brück, Büchler (Hof), Duve, Dr. Ehmke (Bonn), Esters, Gansel, Dr. Glotz, Großmann, Dr. Hauchler, Heimann, Dr. Holtz, Horn, Huonker, Kißlinger, Klose, Kolbow, Koschnick, Luuk, Niggemeier, Dr. Niehuis, Oostergetelo, Dr. Osswald, Renger, Dr. Scheer, Schluckebier, Dr. Schmude, Schröer (Mülheim), Dr. Soell, Stobbe, Terborg, Dr. Timm, Toetemeyer, Waltemathe, Wieczorek-Zeul, Wischnewski, Würtz, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/4845 —

Vietnam und der Friedensprozeß

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat mit Schreiben vom 31. Juli 1989 – 011 – 300.14 – die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

In Vietnam sowie in Indochina sind massive politische Veränderungen erkennbar. So hat Hanoi angekündigt, seine Truppen bis Ende 1989 aus Kambodscha abzuziehen.

1. Wieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Truppenabzug Vietnams bisher vorangeschritten, und hält sie die Einhaltung des Abzuges in diesem Zeitrahmen für möglich?

Die Bundesregierung hat keine eigenen Erkenntnisse über den Stand des Truppenabzugs. Der vietnamesische Außenminister hat bei seinem Besuch in Wien vom 16. bis 20. Juni 1989 gesagt, drei Viertel seien bereits abgezogen und der Zeitplan könne mit Sicherheit eingehalten werden. Freilich weichen die vietnamesischen Angaben über die Zahl der in Kambodscha befindlichen Truppen und über die bei früheren Teilabzügen nach Vietnam zurückgekehrten Truppen z. T. erheblich von den Angaben aus anderer Quelle ab. Alle Aussagen über den Truppenabzug bleiben so lange mit Unsicherheit behaftet, wie eine wirksame internationale Überwachung vor Ort nicht stattfindet.

2. Welcher der bisher vorgeschlagenen Kontrollmechanismen zur Überwachung des Truppenabzugs wird von der Bundesregierung gutgeheißen oder unterstützt?

Über den Kontrollmechanismus wird in Paris Ende Juli–August bei den Gesprächen zwischen den kambodschanischen Konfliktparteien und bei der Internationalen Kambodschakonferenz verhandelt. Die Bundesregierung hofft auf eine Einigung der Beteiligten in dieser Frage. Eine Beteiligung der VN wäre wünschenswert.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chance, daß China nach dem Truppenrückzug Vietnams die Unterstützung der Roten Khmer aufgibt?

Die Außenminister der VR China und der UdSSR haben gemäß der vom sowjetisch-chinesischen Gipfeltreffen bestätigten 9-Punkte-Erklärung vom 6. Februar 1989 vereinbart, daß die ausländische Unterstützung der kambodschanischen Konfliktparteien mit dem Abzug der vietnamesischen Truppen eingestellt wird. Der chinesische Ministerpräsident Li Peng hatte bereits am 20. Dezember 1988 gesagt, China werde bei einer Lösung des Kambodschakonflikts seine Militärhilfe für den kambodschanischen Widerstand synchron zum vietnamesischen Truppenabzug schrittweise verringern und schließlich einstellen. Die Bundesregierung hofft, daß die VR China sich an diese Zusagen hält.

4. Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung die Gefahr einer erneuten Machtübernahme Pol Pots und seiner 40 000 bewaffneten Roten Khmer in Kambodscha gebannt werden?

Diese Gefahr kann am ehesten durch eine umfassende politische Lösung des Kambodschakonflikts gebannt werden, die international garantiert und kontrolliert wird und den Übergang zu einer frei gewählten kambodschanischen Regierung ermöglicht. Die überwältigende Mehrheit der VN-Mitglieder hat bereits in der Kambodscharesolution vom 3. November 1988 zum Ausdruck gebracht, daß sie eine erneute Machtübernahme der Roten Khmer Pol Pots ablehnt.

5. Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung die Entwaffnung der Roten Khmer durchgeführt und kontrolliert werden?

Hierzu liegen verschiedene Vorschläge vor, über die in Paris verhandelt werden wird.

6. Welche Möglichkeiten sieht und nutzt die Bundesregierung, um den Friedensprozeß in Indochina zu unterstützen, insbesondere in bezug auf die für August geplante internationale Kambodscha-konferenz in Paris?

Die Bundesregierung hat die sich ihr bietenden Möglichkeiten genutzt, um den Friedensprozeß in Indochina zu unterstützen. Hierzu dienten Gespräche im Kreise der EG-Partner und mit

anderen befreundeten Staaten, insbesondere des ASEAN-Verbandes, sowie mit Vietnam, China, der UdSSR und mit kambodschanischen Persönlichkeiten. Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen der EPZ die von Frankreich einberufene Internationale Kambodschakonferenz in Paris mit dem Ziel einer Friedenslösung für Kambodscha.

7. Wird die Bundesregierung die kommenden Gespräche des französischen Außenministers mit Thailand und Vietnam zum Anlaß nehmen, ebenfalls hochrangige Gespräche ins Auge zu fassen?

Die Bundesregierung hat schon seit langem Gespräche mit den Regierungschefs und Außenministern der südostasiatischen Staaten und anderen politischen Persönlichkeiten genutzt, um die Kambodschafrage zu erörtern, so z. B. bei dem Besuch des Bundesministers Genscher in Thailand anläßlich des ASEAN-EG-Dialogpartnertreffens im Juli 1988 und bei der Reise des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Schäfer, nach Thailand und Vietnam im Oktober 1988. Es ist beabsichtigt, die hochrangigen Gespräche fortzusetzen und nach Möglichkeit künftig noch zu intensivieren.

8. Wie nimmt die Bundesregierung Einfluß auf die Verhandlungen der ASEAN-Staaten und auf bilaterale Gespräche zwischen China und Vietnam, um eine Konfliktlösung in Kambodscha zu unterstützen?

Bei ihren Treffen mit den ASEAN-Außenministern sowie bei zahlreichen anderen Begegnungen hat die Bundesregierung ihre Vorstellungen über eine Friedenslösung in Kambodscha eingebracht. Dies gilt auch für ihre Gespräche mit Vietnam und China, bei denen sie den Dialog zwischen China und Vietnam über Kambodscha befürwortet hat.

9. Welche internationalen Initiativen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung ergriffen, um den Friedens- und Demokratisierungsprozeß in Indochina voranzutreiben?

Die Bundesregierung ist seit Jahren Miteinbringer der VN-Resolution über Kambodscha. Sie stand in Abstimmung mit ihren europäischen Partnern in ständigem Dialog mit den ASEAN-Staaten über die Lösung der Kambodschafrage. Sie hat sich hierbei erfolgreich dafür eingesetzt, daß neben dem vietnamesischen Truppenabzug auch die Nichtrückkehr der Roten Khmer an die Macht als klares Ziel einer Konfliktlösung in die internationalen Friedensbemühungen Eingang fand.

10. Welche Überlegungen zu künftigen Schwerpunkten der Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam hat die Bundesregierung bisher getätigt, und zu welchen Ergebnissen ist sie bisher gekommen?

Die Bundesregierung fördert seit 1988 durch Zuschüsse Kooperationsprojekte deutscher nichtstaatlicher Trägerorganisationen in Vietnam, wenn diese mit verhältnismäßig eigenständigen Partnerorganisationen zusammenarbeiten können.

Die Bundesregierung hat sich zudem bereit erklärt, Vietnamesen zu Kursen und Seminaren der deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) sowie der Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG) einzuladen, deren Thematik für die fachliche Stützung der Reformbestrebungen Vietnams von Bedeutung sind, insbesondere in den Bereichen der Wirtschaftsförderung und -politik, der Managementausbildung, des Bankwesens, aber auch im Medienbereich.

Darüber hinaus beabsichtigt die Bundesregierung, ein fachkundiges Institut mit der Aufgabe zu betrauen, in Vietnam mögliche Bereiche künftiger Zusammenarbeit zu erkunden.

11. Welche Probleme bestehen nach Ansicht der Bundesregierung bei einer Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam?

Voraussetzungen bilateraler staatlicher Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam sind

- Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen aus Kambodscha;
- Anerkennung der Berlin-Klausel;
- Anerkennung der Altschulden aus früherer finanzieller Zusammenarbeit (einschließlich derjenigen des ehemaligen Südvietnam) und Rückzahlung bzw. Regelung fälliger FZ-Außenstände (Tilgungen und Zinszahlungen).

12. Stellt die Berlin-Klausel eventuell ein Hindernis dar?

Dies wird sich zeigen, wenn über Abkommen der Entwicklungszusammenarbeit verhandelt werden wird. Für Vietnam als blockfreies Land würde die Berlin-Klausel in ihrer Standardfassung gelten, die auch von anderen sozialistischen Staaten wie Angola, Mosambik, Albanien akzeptiert wurde.

Die vietnamesische Regierung hat geäußert, sie verstehe die politische Bedeutung der Berlin-Klausel für die Bundesregierung und sei zuversichtlich, daß man in dieser Frage Einvernehmen erzielen könne.

13. Welche Bedeutung hat für die Bundesregierung die Frage der Altschulden Vietnams (Rückstände von Tilgungen und Zinszahlungen)?

Siehe Antwort zu Frage 11.

14. Welche Position zeichnet sich auf internationaler Ebene (IWF; Pariser Club) zur Lösung des Problems der Altschulden Vietnams ab?

Die Bundesregierung ist bereit, an einer Umschuldung der öffentlichen oder öffentlich verbürgten Forderungen gegen Vietnam im Rahmen des Pariser Clubs mitzuwirken. Sie begrüßt, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen Vietnam und dem

IWF Fortschritte macht und somit Aussichten bestehen, daß die Voraussetzungen für eine Umschuldung im Rahmen des Pariser Clubs bald gegeben sind.

15. Ist die Bundesregierung bereit, aufgrund der Notlage in Vietnam die humanitäre Hilfe aufzustocken?

Humanitäre Hilfe richtet sich nach konkreten Anlässen und einzelnen Schadens- und Notfällen. Sie wird nach Maßgabe der verfügbaren Mittel gewährt. Zur Zeit läßt die Haushaltslage eine Verstärkung des Mitteleinsatzes für Vietnam nicht zu.

16. Unter welchen Bedingungen wäre die Bundesregierung bereit, Hermes-Bürgschaften für Vietnam zu übernehmen?

Nach einer Regelung der Zahlungsrückstände Vietnams (Schadensfall aus einem 1978 in Hanoi zustande gekommenen Anlagenprojekt) ist die Bundesregierung bereit, die Voraussetzungen für eine Wiedereröffnung von Hermes-Deckungsmöglichkeiten auf Grundlage der hierfür geltenden Richtlinien zu prüfen.

